

Fietkau, Hans-Joachim

Book Part

Institutionelle und individuelle Bedingungen präventiver Umweltpolitik

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Fietkau, Hans-Joachim (1988) : Institutionelle und individuelle Bedingungen präventiver Umweltpolitik, In: Udo Ernst Simonis (Ed.): Präventive Umweltpolitik, ISBN 3-593-33953-6, Campus, Frankfurt/M., pp. 93-103

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112006>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Institutionelle und individuelle Bedingungen präventiver Umweltpolitik

Hans-Joachim Fietkau

1. Begriffliche Festlegungen, Leitgesichtspunkte und Schwierigkeiten präventiver Umweltpolitik

Der Wunsch, durch (politische) Maßnahmen Umweltbelastungen vorbeugend zu begegnen, hat als Vorsorgeprinzip in den Leitlinien der Umweltschutzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland seinen Niederschlag gefunden. Gefahrenvorbeugung ist Bestandteil unserer alltäglichen individuellen und politischen Lebensgestaltung: Der Schweißer, der eine Schutzbrille aufsetzt, die Mutter, die ihr Kind impfen läßt, der Technische Überwachungsverein, der die Verkehrssicherheit von Pkws untersucht, der Konsument, der aus Gesundheitsvorsorge ökologisch angebaute Nahrungsmittel kauft – sie alle handeln präventiv. Auch in der Umweltpolitik (TA Luft, Wasserabgabegesetz, Umweltchemikaliengesetz, Verkehrsberuhigung, Recycling von Haushaltsabfällen usf.) zielen Maßnahmen auf die Vermeidung von zukünftigen Schädigungen.

Der Versuch, durch politische Regulierungen künftige Schädigungen zu vermeiden und günstigere Entwicklungen zu fördern, ist konstitutiver Bestandteil allen politischen Handelns. Dies gilt auch dann, wenn sich Maßnahmen im Nachhinein als wirkungslos oder wenig effizient erweisen bzw. wenn die negativen Nebenfolgen der politischen Steuerungseingriffe die intendierten positiven Effekte überwiegen. Der Eindruck, umweltbezogene politische Maßnahmen würden immer erst dann ergriffen, wenn (massive) Schädigungen eingetreten sind, führte zur Charakterisierung einer solchen Umweltpolitik als »reaktiv«. Als Reaktion auf diese Politikbewertung entstand wiederum die Forderung nach einer »präventiven Umweltpolitik«.

Jede individuelle Handlung und jede (umwelt)politische Maßnahme hat Auslöser, die der Handlung zeitlich vorgelagert sind, und hat Handlungsziele, die in der Zukunft liegen. Die Beurteilung, ob es sich bei einer bestimmten Politik um eine reaktive oder um eine präventive Politik handelt, ist demzufolge nicht aus Attributen der Politik selbst ableitbar, es handelt sich vielmehr um die Wahl einer Betrachtungsweise, um die Entscheidung für das kausal- bzw. finalanalytische Bezugssystem des urteilenden Bürgers, Wissenschaftlers oder Politiklers. Eine Unterscheidung zwischen präventiver und reaktiver Umweltpolitik ist theoretisch nicht durchhaltbar,

wohl aber eine Analyse umweltpolitischer Strategien auf einem Kontinuum kurz- bzw. langfristiger Zielperspektiven. Orthogonal dazu können umweltpolitische Maßnahmen nach der Art ihrer Auslöser unterschieden werden. Umweltpolitik kann einerseits auf eingetretene Schädigungen reagieren und versuchen, diese für die Zukunft zu vermeiden; sie kann andererseits auch in Antizipation von Schädigungen konzipiert und realisiert werden.

Aus dieser zweifachen Unterscheidung ergeben sich vier (Ideal-)Typen umweltpolitischen Handelns (*Abbildung 1*):

Abbildung 1: Vier Typen umweltpolitischen Handelns

Handlungsziel	kurzfristig	langfristig
Handlungsauslöser		
Schadensfall eingetreten	Typ 1	Typ 2
Schadensfall antizipiert	Typ 3	Typ 4

Der Umweltpolitiktypus 4 kann als »Präventive Umweltpolitik« definiert werden; Mischformen dieser Politiktypen sind denkbar. Im Vergleich zu den drei anderen Politiktypen ist die »Präventive Umweltpolitik« am meisten durch Begründungsprobleme und Planungsschwierigkeiten belastet, weil sie sich auf Schädigungen richtet, die noch nicht offensichtlich wurden, und weil sie zugleich auf einen längeren Zeithorizont gerichtet ist.

Der Versuch, durch politische Maßnahmen langfristig positive Umwelteffekte hervorzubringen, ist eng an die Fähigkeit zur Prognose geknüpft. Die Prognose von Umwelteffekten politischer Interventionen hängt ab vom Ausmaß der Kenntnis des Realitätsfeldes, in das eingegriffen wird, und vom Wissen um die Folgen und Nebenfolgen der Interventionen.

- Eine solche Prognoseleistung wird um so schwieriger, je
- komplexer das Realitätsfeld (z. B. das Ökosystem) wird, in das eingegriffen wird,
 - größer der Zeitraum wird, für den die Prognosen erstellt werden sollen,
 - eigendynamischer sich das Realitätsfeld, in das eingegriffen werden soll, entwickelt und
- mehr es anderen Außeneingriffen unterliegt.

Eingriffe in ökologische Strukturen stellen Eingriffe in sehr komplexe Wirkungsgefüge dar; diese unterliegen eigendynamischen Entwicklungen, sind abhängig von unterschiedlichen Lebensgewohnheiten, gesellschaftlichen Strukturen und technischen Entwicklungen. Diese Wirkungszusammenhänge sind im Umweltbereich

oft schwer überschaubar und die (insb. langfristigen) Handlungsfolgen politischer Interventionen oft schlecht abzuschätzen (Swoboda 1979).

Auch die Wissenschaft vermag hier nur begrenzt Hilfestellung zu geben. Z.B. ist die Abschätzung der gesundheitlichen und ökologischen Folgen der Vielzahl chemischer Substanzen, die in unsere Umwelt eingebracht werden, insb. bei Berücksichtigung ihrer kumulativen Effekte und Wechselwirkungen kaum möglich.

Das Waldsterben verdeutlicht solche Schwierigkeiten. Es ist wahrscheinlich die Folge eines allgemeinen »Chemisierungsprozesses«, dem das Ökosystem Wald ausgesetzt ist. Dieser Prozeß läuft so schnell ab, daß es diesem Ökosystem nicht gelingt, sich ihm durch natürliche Evolutionsprozesse anzupassen. Es finden Veränderungen in den biochemischen Vorgängen der Humusschicht statt: Die zigtausend verschiedenen Arten von Mikroorganismen »funktionieren« nicht mehr in der »gewohnten Weise«. Wahrscheinlich stirbt eine Vielzahl von ihnen – von uns un bemerkt – aus. Was uns auffällt, sind Erkrankungen und Sterben großer Pflanzen und Bäume.

Dieser beschränkten Problemwahrnehmung entspricht eine simplifizierende Problemanalyse (Analyse der Effekte einiger weniger Schadstoffe, z.B. Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Stickoxide). Die Einengung in der Problemanalyse setzt sich dann in der Konzeption von Maßnahmen fort. Eine Zeitlang galt es als hilfreich, die komplizierten biochemischen Abläufe in der Humusschicht – die in ihrem Zusammenwirken kaum bekannt sind – durch die Zugabe von Kalk vor den Folgen der Chemisierung ihrer Umwelt zu bewahren, ohne die Folgen dieser Maßnahme ihrerseits letztlich abschätzen zu können. So hilfreich und notwendig die heute diskutierten Maßnahmen (Tempo 100, Einbau von Entstickungs- und Entschwefelungsanlagen in Kraftwerke, gentechnische Eingriffe in Pflanzen) sein mögen, sind Zweifel angebracht, ob unsere Fähigkeiten, gestörte Ökosysteme durch solche Eingriffe »in Ordnung« zu bringen, ausreichend sind.

Eine Umweltpolitik, die sich auf langfristige Entwicklungen einrichtet und die Eingriffe in komplexe ökologische und gesellschaftliche Strukturen vornimmt, ist ein »Handeln unter Komplexität und Unsicherheit«. Auch wenn es vielleicht politisch opportun erscheinen mag, vor sich selbst oder vor anderen (z.B. dem Wähler) Sicherheit vorzugeben und Hilflosigkeit zu verdrängen, ist es sicher der Sache angemessener, diese in Rechnung zu stellen.¹

Handeln unter Komplexität und Unsicherheit schließt die (vollständige) Überschaubarkeit der Handlungsfolgen aus. Handlungsfehler werden unvermeidlich. Ein Blick in die jüngere Geschichte umweltpolitischer Maßnahmen zeigt sehr deutlich, wie schnell sich die Problemeurteilungen und die Einschätzungen über die Zweckmäßigkeit von Maßnahmen verändern können: Die »städtebaulichen Sünden« der 50er und 60er Jahre, die euphorischen Erwartungen, die am Beginn der Entwicklung in die Kernkraft gesetzt wurden, die Bevorzugung des Individualverkehrs, die verfehlten Energieprognosen der 70er Jahre und die auf ihnen aufbauenden Planungen, die Hoffnungen in die Industrialisierung unter Vernachlässigung

der Entsorgung der (toxischen) Industrieabfälle usw. sind wahrscheinlich weniger ein Beleg für eine Skrupellosigkeit gegenüber der Umwelt, als vielmehr Anzeichen der Schwierigkeit, ökologische Veränderungen und Beeinträchtigungen rechtzeitig zu erkennen und angemessen auf sie zu reagieren.

Es besteht wenig Anlaß zu der Annahme, daß wir heute sicherer mit ökologischen Problemen umgehen können und uns im Besitz eines verbindlicheren Wissens über unsere Handlungsfolgen befinden. Auch ist die Handlungsunsicherheit offensichtlich nicht auf den Umgang mit ökologischen Problemen begrenzt. Wilke (1983) diagnostiziert allgemein für moderne Industrienationen eine Diskrepanz zwischen Steuerungsbedarf und Steuerungskompetenz und einen Mangel an Selbstreflexion des gesellschaftlichen Systems: »Der Staat ist personell, temporal und funktional auf Handeln eingerichtet und nicht auf Reflexion. Dies war solange unschädlich, als der relativ geringe Komplexitätsgrad gesellschaftlicher Teilsysteme Systemsteuerung durch Handeln zuließ. Hochkomplexe Systeme reagieren aber auf Handeln nicht, sondern nur auf adäquate reflexive Handlungssteuerung. Erforderlich wäre heute eine wissenschaftlich angeleitete reflexive Handlungssteuerung« (Wilke 1983, S. 52).

Übernehmen wir diese Sichtweise für die Umweltpolitik, so folgt daraus: Im Umgang mit Ökosystemen ist es nicht ausreichend, viele Einzelmaßnahmen (z.B. Gesetzesinitiativen, technische Innovationen, Beeinflussung ökonomischer Rahmenbedingungen, Veränderungen von Lebensgewohnheiten etc.) zu ergreifen, ohne ihre Wechselwirkungen mit zu bedenken. Jeder einzelne aber und sicher auch die einzelne gesellschaftliche Gruppe ist überfordert, einen solchen Überblick der Effekte zu leisten. Die Sicht hierfür wird jedoch durch die menschliche Neigung verstellt, die eigene Fähigkeit im Umgang mit komplexen Systemen zu überschätzen (Dörner et al. 1983).

Die Gefahr, daß den Industriegesellschaften ihre ökologischen Probleme über den Kopf wachsen, ist angesichts der dargestellten Problemlage nicht von der Hand zu weisen. Patentlösungen hat es bislang nicht gegeben und auf sie besteht auch zukünftig wenig Hoffnung. Die vorhandenen und die zukünftigen ökologischen Probleme aber geben Anlaß, über neue Formen der Gestaltung von Umweltpolitik nachzudenken.

Wenn Wilke mit seiner Analyse recht hat, bedarf es auch bezüglich umweltpolitischer Strategien eines Reflexionsprozesses unter den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren. Der Dialog, der für Platon das Wesen der Wissenschaft ausmachte, kann auch zur Bedingung politischer Gestaltung werden.²

Diese Auffassung von der Perspektivengebundenheit unserer umweltbezogenen Problemanalysen und Problemlösungsansätze macht übergreifende Leitgesichtspunkte erforderlich, die für Einzelmaßnahmen einen Orientierungsrahmen abgeben. Ein solcher Orientierungsrahmen ersetzt nicht die Analyse von Einzelphänomenen und gestattet nicht die Ableitung von Einzelmaßnahmen; er stellt eher einen philosophischen Überbau dar, in den die (wissenschaftlich) disziplinären Perspektiven

und (politisch) bürokratisch-administrativen Zuständigkeiten integriert werden. Es handelt sich hierbei um einen ganzheitlichen Ansatz.

»Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.« Dieser Satz Christian von Ehrenfels', der für die Entwicklung der Psychologie und der Systemtheorien in den Naturwissenschaften prägend war, gilt auch hier: Die Prinzipien einer präventiven Umweltpolitik, die sich als Metapolitik verstehen, sind nicht additiv aus den Einzelmaßnahmen herleitbar, sie sind ihnen systematisch und genetisch vorgeordnet.

Die Vorordnung des Ganzen vor seinen Teilen bedeutet aber auch, daß unser derzeitiger (politischer) Umgang mit der natürlichen Umwelt – zumindest implizit – von solchen Leitprinzipien bestimmt ist. Dabei taucht die Frage auf, welche das sind und wohin sie führen. Carl Amery z.B. macht für den zerstörerischen Umgang mit der Natur unser anthropozentrisches Denken und die »Leitwissenschaft Politische Ökonomie« verantwortlich und fordert ein Denken in ökologischen Kreisläufen und einen Verzicht auf die Annahme einer kosmologischen Sonderstellung des Menschen und die Orientierung an der »Leitwissenschaft Ökologie« (Amery 1978).

Sowohl die Gedanken von Carl Amery als auch die angesprochen Schwierigkeiten praktischer Umweltpolitik lassen für eine präventive Umweltpolitik folgende Leitgesichtspunkte sinnvoll erscheinen:

- Sie akzeptiert die Begrenztheit menschlicher Kompetenz beim Eingreifen in ökologische Systeme;
- sie fördert Kreativität durch gesellschaftliche Reflexions- und Kommunikationsprozesse, und
- sie fördert Lernfähigkeit im Umgang mit ökologischen Systemen.

Diese Leitgesichtspunkte sind maßnahmen- und bereichsunspezifisch. Aus ihnen sind Handlungsstrategien ableitbar, die sich auf eine unspezifische positive Beeinflussung des Ökosystems richten, ähnlich wie gesunde Ernährung, Bewegung und Verzicht auf Drogen symptomunspezifische Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge darstellen. Die relativ problemunspezifische Förderung von Rahmenbedingungen im Umweltbereich kann als inhaltliche Konkretisierung dessen verstanden werden, was eingangs auf der Basis formaler Bestimmungsmerkmale als präventive Umweltpolitik bezeichnet wurde. Sie erfordert geeignete gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Kompetenzen.

2. Lernorientierte Experimentiergesellschaft

Präventive Umweltpolitik erfordert also eine lernorientierte Gesellschaft, in der die Begrenztheit der Problemlösungsfähigkeit von Menschen und Institutionen von vornherein in Rechnung gestellt wird. Im Wissen um diese Begrenztheit gewinnt der Begriff des Experimentierens an positivem Wert. Die Entwicklungsbeschleunigung in unserer Umwelt mit ihren ökologischen, sozialen, technischen und ökonomischen Aspekten erfordert eine hohe Anpassungsleistung von Menschen und

Institutionen. Auf diesen Überlegungen aufbauend lassen sich folgende Leitlinien einer lernorientierten Experimentiergesellschaft (Fietkau 1984) formulieren:

- kleinräumige Erprobung neuer Technologien und politischer Konzepte,
- Reversibilität technischer und politischer Innovationen und
- individuelle und kollektive Lernfähigkeit durch schnelle Rückmeldung von Technik- und Politikfolgen (Evaluation).

Weil Politikfehler sich nicht grundsätzlich vermeiden lassen, muß versucht werden, die Folgen möglicher Fehler zu minimieren. Gerade deshalb ist ein wesentliches Merkmal der auf präventive Umweltpolitik ausgerichteten Lerngesellschaft das Experimentieren. Eine präventive Umweltpolitik, die ihre eigenen Fehlermöglichkeiten in Rechnung stellt, erfordert vorsichtig erprobende Implementationen zur Minimierung negativer Folgen. Ihre sachimmanenten Unsicherheiten lassen sich nicht über große und abschließende wissenschaftliche oder politische Anstrengungen beseitigen; sie gestaltet sich vielmehr als wissenschaftlich angeleiteter und ständig zu evaluierender Prozeß.

Dabei sind rechtzeitig Einschränkungen/Behinderungen zu bedenken: Die Reichweite technischer Entscheidungen in modernen Industriestaaten läßt die Gefahr größer werden, daß ökologische und soziale Auswirkungen technisch-politischer Weichenstellungen nur schwer begrenzt werden können. Bestimmte Technologien erfordern aber eine bestimmte Mindestgrößenordnung. Dies behindert die Reversibilität der Implementationsentscheidungen.

Darüber hinaus wird die für eine Lerngesellschaft erforderliche Reversibilität durch die derzeit dominierende Grundhaltung behindert, daß es politisch nicht opportun sei, Planungsfehler nach außen dringen zu lassen (Keck 1984). Wenn wir dies überwinden wollen, wird ein Politikverständnis erforderlich, in dem nicht der Irrtum diskreditiert ist, sondern das Festhalten an ihm. Politikfehler dürfen nicht ohne weiteres als Versagen interpretiert werden. Umweltpolitische Modellversuche dürfen nicht unter Erfolgszwang – bzw. dem Zwang, Erfolg vorzutauschen – stehen.

Eine lernorientierte Experimentiergesellschaft läßt sich nicht »von oben« verordnen, und ihre Strukturen lassen sich nicht abschließend planen. Ihr Hauptmerkmal ist ihre Fähigkeit, sich selbst ständig weiterzuentwickeln. Sie ist eine dynamische oder – wie es Popper ausdrückte – offene Gesellschaft. Damit aber ist sie nicht in Begriffen beschreibbar, die einen abgeschlossenen Zielzustand charakterisieren.

Diese entwicklungsorientierte Betrachtung der Gesellschaft hat Parallelen in den Naturwissenschaften. Das klassische mechanistische Weltbild geht von der Vorstellung aus, daß jedem Ereignis eine eindeutige Ursache zugeschrieben werden kann und jeder Eingriff in ein geschlossenes System eine eindeutig bestimmbare Folge hat. Mit der Formulierung der Unschärferelation durch Heisenberg in der Quantenphysik hat in den Wissenschaften ein Umdenken begonnen (vgl. für die philosophischen Bezüge z.B. Heisenberg 1971). Wir sehen uns nicht mehr in der Lage, alles zu wissen, und wir sind damit auch nicht in der Lage, alles zu machen. Darüber hinaus gewinnen auch Zweifel mehr Raum, ob das Machbare identisch mit dem

Wünschbaren sei. Die Begrenzungen unserer Erkenntnis- und Handlungsfähigkeit sind nicht Ausdruck eines unzulänglichen Forschungsstandes, den wir eines Tages überwinden können – es handelt sich vielmehr um grundsätzliche Grenzen der Erkenntnisfähigkeit und Manipulierbarkeit.

Diese Sichtweise zwingt zum Akzeptieren einer gewissen »Autonomie der Realität« (zumindest aus der Perspektive des erkenntnissuchenden Subjekts) und damit zu Relativierungen im mechanistischen Weltbild (Newton), d.h. der Interpretation der Welt als große Maschine (Laplace).

Die Sozialwissenschaften sind heute – wenigstens in ihrem »mainstream« – einem mechanistischen Denken verhaftet, das seine Wurzeln nicht verleugnen kann: Der französische Philosoph Auguste Comte (1798–1875), der wesentlich dazu beitrug, die Soziologie als eigenständige Wissenschaftsdisziplin außerhalb der Philosophie zu etablieren, verstand die Aufgabe der Soziologie darin, gesellschaftliche Entwicklungen vorherzuberechnen. In der Psychologie wollte der Behaviorismus (Watson) Mitte dieses Jahrhunderts durch lerntheoretische Konzepte menschliches Verhalten im Detail verstehen und durch gezielte Lernprogramme Verhaltensmodifikationen herbeiführen.

Dagegen gewinnt in den Naturwissenschaften eine Interpretation der Natur als sich selbst regulierendes dynamisches System inzwischen (vgl. den Ansatz der Synergetik in der Physik – Haken 1981) an Bedeutung. Dieses Umdenken, das in der Physik begonnen hat, nimmt auch in der Chemie (Prigogine & Stengers 1981) und der Biologie (Bertalanffy, 1968) seit einigen Jahren Gestalt an.

Als Analogie zu diesem skizzierten Paradigmenwandel lassen sich für die Sozialwissenschaften z.B. Anregungen der humanistischen Psychologie begreifen. So wird hier als wesentliches Grundstreben des Menschen eine Aktualisierungstendenz (Maslow 1954, Rogers 1961) angenommen. Unter der Aktualisierungstendenz wird die Fähigkeit von Organismen verstanden, sich ohne gezielt lenkende Außen Eingriffe konstruktiv weiterzuentwickeln und auftretende Entwicklungsschwierigkeiten zu überwinden.

Es gilt, diese Betrachtungsweise auch für die Entwicklung einer präventiven Umweltpolitik zu nutzen. Wenn Spontaneität und Eigendynamik sowohl als Eigenschaften der Akteure als auch des zu beeinflussenden Systems aufgefaßt werden, kann die Frage gestellt werden, wie durch Eingriffe in gesellschaftliche Systeme langfristig positive ökologische Konsequenzen erreicht werden können. Es wäre sicher lohnend, auf soziologischer Ebene darüber zu reflektieren. Auf der Ebene von Individuen kann an theoretisch elaborierte und praktisch erprobte Modelle angeknüpft werden.

3. Personenorientierte Politikberatung

In der Psychologie – insb. in ihrer praktischen Umsetzung – gewannen in den letzten Jahrzehnten die Konzepte der humanistischen Psychologie an Bedeutung, die dem Individuum Fähigkeiten zur Entwicklung von Kreativität und Selbstverwirklichung (Aktualisierung) zusprechen und nicht vom Bild eines außenbestimmten Menschen ausgehen. Es galt Verfahren zu entwickeln, die diese Potentiale des Menschen fördern.³

Auf Basis dieser Ansätze wurden Verfahren (z.B. Gruppendynamik, Themenzentrierte Interaktion, Cross Cultural Workshops, Third Party Mediation, Planungszelle) für einzelne Menschen und Gruppen entwickelt, die der Förderung der Entwicklungspotentiale von Menschen und Gruppen dienlich sein sollten. Diese werden zunehmend im sozialen Bereich und in der Industrie praktiziert. Analoge Ansätze für die Politik werden bislang kaum entwickelt und erprobt.

Vom Umweltschutz wissen wir, daß er in den Umfragen der letzten Jahre von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen immer als vordringliche Aufgabe bezeichnet wurde. Diese Einhelligkeit der Einschätzung aber findet da ihre Grenze, wo nach erfolgversprechenden Lösungen gefragt wird. Hier werden Urteile abgegeben, die auf grundsätzliche Auffassungsunterschiede schließen lassen. Diese – vom sozialen Standort des Urteilenden abhängenden – Sichtweisen und Wertungen lassen es als erforderlich erscheinen, praktische Ansätze zur Gestaltung von Reflexions-, Kommunikations- und Interaktionsprozessen, wie sie sich in gruppendynamischen Veranstaltungen für andere Bereiche bewährt haben, auf umweltpolitische Fragen zu übertragen und zu erproben.

Die Durchführung von Zukunftswerkstätten, Planungszellen oder Bürger- und Expertenforen (z.B. Dienel & Grabe 1985, Fietkau et al. 1986) im Umweltbereich weisen in diese Richtung. Sie stellen den Versuch dar, sich den o.g. Zielen (die auf der Makroebene als Prinzipien der Experimentiergesellschaft formuliert wurden) im persönlichen Interaktionsprozeß zwischen Individuen zu nähern. Durch die Reflexion von Denkstilen, Vorurteilen und Handlungsstrategien gesellschaftlich relevanter Akteure im Umweltschutzbereich können Handlungsdeterminanten bewußt gemacht werden, die sich nicht aus den Sacherfordernissen der Problemlage, sondern aus den psychischen und sozialen Determinanten der Handelnden selbst ergeben. Diese lassen sich in offenen und der Situation der Beteiligten angepaßt gestalteten Interaktionsprozessen bewußt machen. Das Bewußtmachen solcher Einflüsse ist eine notwendige – wenn auch sicher nicht hinreichende – Voraussetzung für ein kontrolliertes Umgehen mit ihnen. Es stellt eine Konkretisierung der von Wilke (1983) geforderten reflexiven Handlungssteuerung komplexer sozialer Systeme dar.

Kommunikations- und kreativitätsfördernde Workshops im Politikbereich stellen eine eigenständige Form der Politikberatung dar, die sich sehr deutlich von den bisherigen Formen unterscheidet. Vergrößernd lassen sich bislang zwei Typen der Politikberatung voneinander abgrenzen:

a) Die »*inhaltsorientierte Politikberatung*« hat das Ziel der Bereitstellung von Wissen über unterschiedliche Realitätsfelder, auf die sich Politik richtet, z.B. die Bereitstellung von Informationen über gesundheitliche Folgen von Schadstoffemissionen.

b) Die »*verfahrensorientierte Politikberatung*« hat das Ziel der Entwicklung von Organisationsformen des politisch administrativen Systems, z.B. die Gestaltung von Verwaltungsreformen.

c) In Abgrenzung zu diesen wird hier unter Berücksichtigung der diskutierten Erkenntnisunterschiede und -begrenztheiten eine »*personenorientierte Politikberatung*« vorgeschlagen. Sie hat folgende Aufgaben und Ziele:

- Die personalen Voraussetzungen (umwelt)politischen Handelns werden analysiert und gefördert.
- Die Einseitigkeiten in der Wahrnehmung werden relativiert und Vorurteile abgebaut.
- Ein angstfreier Umgang mit anderen Problemsichtweisen wird ermöglicht. Kritikfähigkeit gegenüber den eigenen Denkgewohnheiten gefördert, Kreativitätspotentiale freigesetzt und Mut gemacht zur Erprobung neuer Verhaltensweisen.
- Die Interaktionsfähigkeit zwischen Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wird entwickelt.

Anders als in der »*inhaltsorientierten Politikberatung*« und abgeschwächt im Verhältnis zur »*verfahrensorientierten Politikberatung*« geht es in der »*personenorientierten Politikberatung*« nur begrenzt um die Vermittlung von Faktenwissen seitens der Veranstalter. Die Berater müssen lediglich über soviel Sachwissen verfügen, daß sie relativ gleichberechtigte Diskussionspartner sein können. Ihre eigentliche Aufgabe besteht in der Organisation der Kommunikationsstrukturen; ihr Wissen ist ein Wissen um die Dynamik von Gruppenprozessen und die Fähigkeit, auf die Teilnehmer so eingehen zu können, daß konstruktive Entwicklungen in der Gruppe möglich werden (Spangenberg 1969).

Damit kann die »*personenorientierte Politikberatung*« als ein angemessenes Instrument zur Begleitung einer präventiven Umweltpolitik bezeichnet werden. In ihren theoretischen Annahmen unterstellt sie nicht die Notwendigkeit des großen ökologisch-sozialen Entwurfs. Sie geht vielmehr von einem iterativen Lernprozeß der beteiligten Akteure aus und versucht, diesen auf der personalen Ebene zu fördern. In iterativen Lernprozessen ist eine vollständige Kenntnis der Zusammenhänge in ökologischen Systemen ebensowenig erforderlich wie eine sichere – aus einem mechanistischen Denken hergeleitete – Abschätzung von Handlungsfolgen in komplexen Systemen. Sie betont die Notwendigkeit von Korrekturen in aktuellen Erkenntnissen und legt mehr Wert auf den Prozeß als auf das Ergebnis der Erkenntnisgewinnung.

Die »*personenorientierte Politikberatung*« unterstellt die Möglichkeit, daß durch ein Bewußtwerden psychischer Wahrnehmungsbarrieren und Handlungsstereotypen adäquatere Problemlösungen möglich werden. Diese Chancen psychischer

Entwicklungen können als Voraussetzungen oder als begleitende Hilfen auf dem Weg zu einer lernorientierten Experimentiergesellschaft verstanden werden, die ihrerseits wahrscheinlich eine Bedingung für einen präventiven Umgang mit unserer Umwelt darstellt.

Anmerkungen

- ¹ Peter Glotz zitiert in seinem politischen Tagebuch unter dem Datum vom 13.1.1976 sinngemäß Helmut Schmidt: »Oft zweifelt man daran, ob eine Maßnahme richtig ist oder nicht. Man darf aber nicht öffentlich zweifeln; wenn man den Leuten erst zeigt, daß man seiner Sache nicht sicher ist, ist das der Anfang vom Ende.« Glotz gibt Schmidt für den Stand der politischen Aufklärung recht und fragt »Wie kann man erreichen, daß er nicht auf Dauer recht behält?« (Glotz 1979, S. 17).
- ² Diese Einschätzung unterstreicht eine Bemerkung von Volker Hauff: »Die Fähigkeit zum wirklichen Dialog über umstrittene und komplizierte Fragen ist längst zur Voraussetzung für das Überleben unserer Demokratie geworden. Deswegen ist es notwendig, daß die Politik ihre Sprache wiederfindet und nicht länger sprachlos bleibt, daß sie vermittelbar, zugleich aber auch hör- und lernbereit wird. In der Vergangenheit war unser, mein Fehler, daß wir öffentlich fast immer nur über die Ergebnisse unseres Nachdenkens berichten, nicht über den Weg zum Ergebnis: nicht über die eigenen Zweifel, auch über die eigene Unsicherheit.« (Hauff 1979, S. 15, 16).
- ³ Hierbei konnte an sozialpsychologische Traditionen der Lewin-Schule angeknüpft (Lewin 1948) werden; Konzepte und Erfahrungen der Politischen Psychologie lassen sich einbeziehen (Barner-Barry & Rosenwein 1985).

Literatur

- Amery, C.: Natur als Politik. Die ökologische Chance des Menschen. Hamburg: Rowohlt 1978
- Bertalanffy, L.v.: General Systems Theory. Foundations, Development, Application. New York: Braziler 1968
- Dörner, D., Kreuzig, H.W., Reither, F. & Stäudel, Th. (Hg.): Lohausen. Vom Umgang mit Unbestimmtheit und Komplexität. Bern, Stuttgart, Wien: Huber 1983
- Barner-Barry, C. & R. Rosenwein.: Psychological Perspectives on Politics. Englewood Cliffs: Prentice Hall 1985
- Dienel, P. & D. Grabe, (Hg.): Zukünftige Energiepolitik. Ein Bürgergutachten. München: High Tech Verlag 1985
- Fietkau, H.-J.: Bedingungen ökologischen Handelns. Gesellschaftliche Aufgaben der Umweltpsychologie. Weinheim: Beltz 1984
- Fietkau, H.-J., H. Matschuck, H. Moser, & W. Schulz.: Waldsterben. Urteilstgewohnheiten und Kommunikationsprozesse. Berlin: IIUG-rep 86-6

- Glutz, P.: Die Innenausstattung der Macht. München: Steinhausen 1979
- Haken, H.: Erfolgsgeheimnisse der Natur. Synergetik: Die Lehre vom Zusammenwirken. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1981
- Hauff, V.: Sprachlose Politik. Von der Schwierigkeit, nachdenklich zu sein. Frankfurt a. M.: Fischer 1979
- Heisenberg, W.: Schritte über Grenzen. München: Piper 1971, (3. Aufl.) 1973
- Keck, O.: Der schnelle Brüter. Ein Lehrstück für die Technologiepolitik. In: Politische Vierteljahresschrift, 25, 1984, 3, S. 296-315
- Lewin, K.: Resolving Social Conflicts. New York: Harper 1948
- Maslow, A.H.: Motivation and Personality. New York: Harper 1954
- Prigogine, I. & I. Stengers.: Dialog mit der Natur. Neue Wege naturwissenschaftlichen Denkens. München, Zürich: Piper 1980, (4. Aufl.) 1983
- Rogers, C.: On Becoming a Person. Boston: Houghton Mifflin 1961
- Spangenberg, K.: Chancen der Gruppendynamik. Weinheim: Beltz 1969
- Swoboda, H.: Propheten und Prognosen. Hellseher und Schwarzseher von Delphi bis zum Club of Rome. München, Zürich: Knauer 1979
- Wilke, H.: Entzauberung des Staates. Überlegungen zu einer sozietaalen Steuerungstheorie. Königstein/Ts.: Athenäum 1983